

# Slowakei

Juraj Alner / Bernd Hüttemann

Die Slowakei ist als „Land in Eile“<sup>1</sup> in der EU angekommen. Ein großer Erfolg, der bereits im vergangenen Berichtsjahr gewürdigt wurde. Voraussetzung für das „Wunder an der Donau“<sup>2</sup> war der europäische Reformdruck. In ihrer Europapolitik, die fortwährend mit einer liberalen Standortpolitik einhergeht, muss sich die Slowakei nunmehr in einem europapolitischen Mehrebenensystem positionieren. Wechselnde Mehrheiten, der Misserfolg der Regierung bei den Präsidentschaftswahlen und die katastrophale Wahlbeteiligung zur Europawahl deuten an, dass Erfolge der administrativen und politischen Führungsschicht nicht automatisch in der „europäischen Innenpolitik“ wiederholbar sind.

## EU- und NATO-Mitglied Slowakei

Der Beitritt der Slowakischen Republik zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 reihte sich in das historische Gesamtbild ein. Der Übergang selbst verlief weitgehend unaufgeregt. Zu sehr wurden die eigentlichen Auseinandersetzungen bereits vor dem Beitritt ausgefochten. Längst sind die Umwälzungen der Vorbeitrittsphase auf das Mitgliedsland übergegangen.

Die Slowakei konnte nach dem Beitritt und vor den ersten Wahlen Beobachter in das Europäische Parlament entsenden. Die Zuordnung in die EP-Fraktionen bestätigte wiederholt das Übergewicht der slowakischen Christdemokratie. Von den 14 Beobachtern gehörten sieben Abgeordnete der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäische Demokraten an. Die schon bei den vergangenen Nationalratswahlen zu verzeichnende Marginalisierung der slowakischen Sozialdemokratie zeigte sich auch bei der Europawahl. Das Bild relativiert sich leicht durch das Votum von zwei Parteien für die sozialdemokratische SPE-Fraktion. Von den 14 Abgeordneten gehören nun 8 Abgeordnete der EVP-ED-Fraktion an: Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ), Christlich Demokratische Bewegung (KDH) und die Partei der Ungarischen Koalition (MKP/SMK), immerhin drei Abgeordnete schlossen sich der SPE an (Smer, SDL). Drei Abgeordnete der Partei Mečiar (LS-HZDS) sind fraktionslos.<sup>3</sup>

Lediglich 16,96% der Wahlberechtigten maßen der Europawahl eine Bedeutung zu. Die niedrigste Wahlbeteiligung im Europa der 25. Trotz dieser ausnehmend geringen Zahl wurden die nationalen Kräfteverhältnisse bestätigt.

Bemerkenswert ist der Stellenwert der Europawahlen in Beziehung zur allgemeinen Zustimmung zur EU. Im einzigen gültigen Referendum der Geschichte des Landes hatten sich 2003 über 80% der Abstimmenden für den Beitritt der Slowakei entschieden. Die

---

1 FAZ 14. April 2004.

2 Karl-Peter Schwarz: Das Wunder an der Donau; In der Slowakei betreiben liberale Ordnungspolitiker die zweite Revolution, FAZ 10. Februar 2004.

3 <http://volby.statistics.sk/volbyep2004/ep2004a/index.jsp>. Zur Einordnung des slowakischen Parteienspektrums vgl. Kai-Olaf Lang: Politische Profile der neuen Mitgliedstaaten aus Ostmitteleuropa und ihre Bedeutung für die Europäische Union; in: integration 1-2/2004, S. 12-27.

notwendige Mindestwahlbeteiligung wurde mit über 52% knapp erreicht. Gründe für die noch viel geringere Wahlbeteiligung bei der Europawahl können nur im schwachen europapolitischen Profil der Parteien und Kandidaten gefunden werden. Ohne klare Europa-programme der Parteien wurden auch in den Medien die Europawahlen marginalisiert. Auf Grund fehlender Sinngebung und Alternativen entschlossen sich die Wähler zum Boykott.

Das neue EU-Mitglied Slowakei hat sich durch seine neuen Volksvertreter auf dem Brüsseler und Straßburger Parkett bereits mit slowakischen Themen bemerkbar gemacht. Die konservative christdemokratische Grundausrichtung wandte sich vor allem gegen die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Die ungarische Minderheitenpartei folgt dem Beispiel anderer Minderheiten in der EU und fordert Ungarisch als zweite Arbeitssprache des Nationalrats.

Der langjährige Beitritts-Verhandlungsführer Ján Figel' gilt als der sichere erste slowakische EU-Kommissar. Hiermit wurde nicht nur seine erfolgreiche Verhandlungsführung bei den Beitrittsverhandlungen belohnt. Seine Zuordnung als Partnerkommissar zur Erkki Liikanen für Unternehmenspolitik und Informationsgesellschaft gibt trotz der propagierten Unabhängigkeit der Kommission in nationalen Fragen einen Hinweis auf die Präferenz der wirtschaftspolitisch liberalen slowakischen Regierung. Wie Figel' stellt auch das slowakische Regierungsamt die „Lissabon-Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung“ als einen Schwerpunktbereich dar.<sup>4</sup>

Weitgehend unbeachtet trat am 29. März 2004 die Slowakei offiziell der NATO bei. Angekündigte Großdemonstrationen anlässlich der Tagung der Parlamentarischen Versammlung Ende Mai 2004 blieben in der zur Festung ausgebauten Hauptstadt Bratislava aus. Proteste gegen die militärische Präsenz einer kleinen Antichemiewaffen-Einheit im Irak sind marginal – trotz der ersten Toten slowakischen Soldaten am 8. Juni 2004.

### **Regierungskonferenz und Verfassungsvertrag**

Das Scheitern der Regierungskonferenz am 13. Dezember 2003 wurde auch von der slowakischen Seite bedauert. Sie hatte sich stets grundsätzlich für die Annahme des Verfassungstextes eingesetzt. Trotz dieser Zustimmung zum Verfassungsentwurf des Konvents hat die Slowakei einige kritische Punkte angeführt, die sie zuletzt im Vorfeld des Europäischen Rates in Brüssel 2004 dargelegt hatte. Die irische Präsidentschaft wurde in ihrer Verhandlungsführung bestärkt. Besonderes Eigeninteresse betonte die slowakische Regierung im Chor mit den meisten Mitgliedstaaten aber im Bezug auf qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Rat und auf die Zusammensetzung von Kommission und Parlament. Ein besonderes Augenmerk richtete die christdemokratisch dominierte Koalition auf den Gottesbezug in der Präambel. In der Frage der Größe der Kommission bestand die Slowakei auf einen eigenen stimmberechtigten Kommissar bis 2014. Andere Lösungen sollten in einem festen Zeitplan erörtert werden. Hinsichtlich der doppelten Mehrheit im Rat forderte die Slowakei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den beiden Entscheidungsgruppen. Die Bevölkerungsmehrheit sollte nicht über 60% liegen. Keine qualifizierte Mehrheit wünschte sich die Slowakei im Bereich Steuern und Verteidigung. Ablehnend ist die Haltung in Bezug auf die europäische Gesetzgebung im Bereich Sozialpolitik.

---

4 „Slowakei: die Reduzierung der Steuerlast im Bereich der Beschäftigung“ Empfehlungen der Kok-Task Force an die erweiterte EU, um die Zielsetzungen von Lissabon bis zum Jahre 2010 zu erreichen, in: Agence Europe 26. November 2003.

Vorsichtig öffnete sich die Slowakei in ihrer zuvor ablehnenden Haltung zur Mehrheitsentscheidung in der Innen- und Justizpolitik. Im Übrigen betonen slowakische Vertreter stets den offiziellen Titel „Verfassungsvertrag“ mit dem Argument, dass keine staatsrechtliche Verfassung, sondern ein Vertrag zwischen souveränen Staaten gebildet wurde.

Die slowakische Regierung unterstützt auch nach dem Abschluss der Arbeit des Konvents den nationalen zivilgesellschaftlichen Dialog zur Zukunft der EU. Anstelle des nationalen Verfassungskonvents wurde die Slovak Foreign Policy Association beauftragt, über Dialogveranstaltungen im Bereich Wirtschaft, Regionalpolitik, institutionelle Reformen, Verkehr, Umwelt, Innen- und Justizpolitik, Außenpolitik, Wissenschaft, Bildung, Kultur und zur Sprachenpolitik durchzuführen.<sup>5</sup>

### Standort Slowakei: Wirtschaft und Soziales

Die Slowakei fiel in den Monaten des Beitritts im EU-Ausland besonders durch eine Zahl auf: Mit 19% so genannter Flat Tax möchte die Slowakei die Attraktivität ihres Standortes erhöhen, um gleichzeitig durch gesteigerte Investitionen zu erwartende Steuereinnahmeverluste auszugleichen. Der slowakische Finanzminister Ivan Mikloš entgegnete der zum Teil harschen Kritik aus dem Ausland, die Slowakei nutze die EU-Beitritts-hilfen und die Regional- und Strukturfonds, damit „hochproduktive Firmen mit niedriger Steuer verdienen können“<sup>6</sup> mit der lakonischen Bemerkung: „Mir ist die Unabhängigkeit der Sozial- und Steuerpolitik wichtiger als Geld aus Brüssel“.<sup>7</sup> Die slowakischen Tages- und Wirtschaftszeitungen haben Anfang 2004 die polemischen Meinungsäußerungen von großen EU-Ländern kritisch kommentiert. Die slowakische Regierung selbst geht sehr selbstbewusst mit der eher seltenen Aufmerksamkeit für die Slowakei um. Auch EU-Kommissar Figel’ unterstreicht, dass die Union in die Steuerpolitik einzelner Länder nicht hineinzureden habe. So wird die Steuerpolitik zum nationalen slowakischen Identitätsthema.

Die Slowakei sieht sich selbstbewusst auf dem Wege das „Detroit Europas“ zu werden. Bereits nach zwölf Jahren hat Volkswagen Slovakia am 28. Mai 2003 das Millionste Auto hergestellt. 2003 wurde ein Vertrag mit PSA Peugeot Citroën unterschrieben mit einem Investitionsvolumen von über 700 Mio. EUR, die größte Investition in der slowakischen Geschichte. Eine jährliche Produktion von 300.000 PKW wird angestrebt. In der Nordslowakei haben unterdessen im Juni 2004 Vorbereitungsarbeiten für die Automobilfabrik Hyundai/Kia begonnen. Die Slowakei hatte sich zuvor gegen den Mitbewerber Polen durchgesetzt und erreicht Platz 5 der Automobilexporteure weltweit. Die Arbeitslosigkeit, die 2002 noch 19% betrug, ist im Juli 2004 auf 13,9% gesunken.

### Kurshalten trotz wechselnder Mehrheiten

Auch wenn Umfragen stabil zeigen, dass die Wähler überwiegend die Opposition stützen würden, die Regierung Dzurinda findet kontinuierlich wechselnde Mehrheiten im Parlament. Der neue Präsident Ivan Gašparovič, der Außenminister Eduard Kukan überlegen ist und seinen ehemaligen Parteifreund Vladimír Mečiar knapp geschlagen hat,<sup>8</sup> hat sich

5 Vgl. <http://www.eurokonvent.sk/default.aspx#1>

6 Vgl. SME 1.4.2004.

7 Slowakei stellt weitere Steuersenkung in Aussicht; Der Finanzminister und Vater der 19-Prozent-Steuer sieht Spielraum für Nachlässe, Scharfe Kritik an Harmonisierungs-Vorschlägen; SZ-Gespräch mit Ivan Miklos, 19. Juni 2004.

8 Gašparovič gewann in der Stichwahl 59,9% der Wählerstimmen, sein Gegner Mečiar lediglich 40,1%.

bereits, die europäischen Realitäten akzeptierend, für Kontinuität in der Europapolitik ausgesprochen. Er selbst ordnet sich als Mittellinks-Politiker ein und scheint zu einer konstruktiven Europapolitik bereit zu sein. Gegenüber seinem Vorgänger Schuster ist bereits jetzt eine größere Akzeptanz des Präsidenten in der Bevölkerung spürbar. Hierzu zählt sicher auch ein reformkritischer Kurs gegenüber der neoliberalen Wirtschaftspolitik.<sup>9</sup>

Die Umfragen zeigen fortwährend, dass die Wähler die Opposition unterstützen würden.<sup>10</sup> Allerdings sind die Oppositionsparteien zerstritten und zu dauerhaften gemeinsamen Handlungen nicht fähig. Die regierenden Christdemokraten SDKÚ und KDH und die Ungarn-Partei MKP/SMK sind zusammen mit den Liberalen (ANO) und kleinen Gruppierungen weiter fähig, gemeinsame Entscheidungen zu treffen, trotz vieler unterschiedlicher Positionen.

In einem wegen mangelhafter Wahlbeteiligung nicht gültigen Referendum stimmten 86,78% für die Verkürzung der aktuellen Legislativperiode.<sup>11</sup> Umstritten ist, ob es ein klares Misstrauensvotum gegen die Regierung war. Ein wirklich wesentlicher Druck auf die Regierung seitens der Bevölkerung ist trotz der enormen wirtschaftlichen Reformen mit sozialen Auswirkungen im Lande nicht zu verzeichnen.

### Weiterführende Literatur

Das Parlament Nr. 17, Themenheft Slowakei, Berlin 19. 4. 2004.

Juraj Alner: Europe after the First Wave of Eastern Enlargement: Slovakia. In: „Európa 2002“, Budapest, Juni 2004, S. 37-38.

M. Kollár / Mesežnikov, G. (Hrsg.): Global Report, Slovakia 2003, Bratislava 2004.

---

9 „Reforms are necessary because without them we would not have gotten into the EU. So I say yes to reforms, but the position of the citizens also needs to be considered because arriving in the EU with poor citizens does not show us in a good light either.“ The Slovak Spectator 21. Juni 2004.

10 Umfragen Juli 2004: Smer 25,4%, LS-HZDS 15,4%, Kommunisten 6,5 %, SNS (Nationalpartei) 5,4%. Die regierenden christdemokratischen Parteien, die Minderheitenpartei der Ungarn würden ca. je 10% erhalten. Odbor mediálneho vvszkumu Sro, 30.6.2004.

11 <http://volby.statistics.sk/ref2004/engl/referendum.html>